


Verantwortlicher während der gesamten Veranstaltung Telefon:	Der Antrag ist mindestens <u>vier Wochen</u> , bei Großveranstaltungen <u>mindestens sechs Wochen</u> vor Beginn einer Veranstaltung bei der Stadtverwaltung Ebersbach einzureichen!	 Stadt Ebersbach an der Fils
---	--	---

über die
Stadtverwaltung Ebersbach
 Amt für Bürgerservice und Soziales
 Marktplatz 1
 73061 Ebersbach an der Fils
 Fax 07163/161-244
 e-mail:ordnungsamt@stadt.ebersbach.de

an das
Landratsamt Göppingen
 Straßenverkehrsamt
 Lorcher Straße 6
 73033 Göppingen

Antrag auf Durchführung einer Festveranstaltung auf öffentlichen Straßen oder Plätzen

I. Antragsteller

Name	Vorname
Firma, Institution, Verein	
Anschrift (Straße, Hausnummer, Ort)	
Telefon (tagsüber) ggf. Handynummer	Faxnummer (falls vorhanden)

II. Veranstaltungsort und -termin

Datum	Uhrzeit
Die Sperrung des Marschweges bzw. des Festplatzes ist erforderlich in der Zeit von/bis (Datum und Uhrzeit)	
Bezeichnung der Veranstaltung	
Ersatztermin der Veranstaltung	

III. Veranstaltungsplatz

Genaue Ortsbezeichnung (Veranstaltungsort – Straße/Platz, etc. – bei Festumzügen auch Aufstellungsort)	
Beginn der Aufstellung (bei Festumzügen)	
Vorgesehene Dauer des Festzugs	
Wo befinden sich Parkmöglichkeiten?	
Wie viele Ordner sind vorgesehen?	
Führen über die Straßen oder Plätze, die von der Sperrung betroffen sind, Omnibuslinien? (wenn ja, Name der Firma)	

Wie viele Personen nehmen am Umzug etwa teil?	
Wie viel Zuschauer werden erwartet?	
Wie viel Kapellen nehmen am Umzug teil?	
Wie viele Festwagen fahren am Umzug mit?	
	Sind diese <input type="checkbox"/> motorisiert und <input type="checkbox"/> nicht motorisiert
Wie viele Tiere sind am Umzug dabei?	
Werden auf den Festwagen (Lade- fläche) Personen mitgenommen?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja

IV. Haftpflicht

Der rechtzeitige Abschluss einer Veranstaltungshaftpflichtversicherung in einer für diese Veranstaltung ausreichende Höhe wird hiermit bestätigt:

nein ja, Name und Anschrift der Versicherung _____

Sofern von einer Straßenbaubehörde oder einem Straßenbaulastträger Erstattung von Aufwendungen für besondere Maßnahmen aus Anlass dieser verlangt werden, so verpflichten wir uns zur Übernahme dieser Kosten.

Die Veranstaltererklärung des Landratsamts Göppingen habe ich vollständig ausgefüllt dem Antrag beigefügt.

Hinweise/Skizzen:

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers

Zustimmung der Stadtverwaltung Ebersbach - Amt für Bürgerservice und Soziales

sofern Maßnahmen im Zuge klassifizierter Straßen erforderlich sind, werden diese von der Gemeinde übernommen.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel Amt für Bürgerservice und Soziales

Veranstaltererklärung

.....
(Veranstalter)

....., den,
(Ort)

.....
(Datum)

An das
Landratsamt Göppingen
Straßenverkehrsamt
Lorcher Straße 6
73033 Göppingen

Hinsichtlich der von mir beantragten Veranstaltung

.....
(Bezeichnung und Datum der Veranstaltung)

erkläre ich Folgendes:

1. Mir ist bekannt, dass die Veranstaltung eine Sondernutzung im Sinne des § 8 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) bzw. § 16 des Straßengesetzes für Baden-Württemberg (StrG) darstellt und ich als Erlaubnisnehmer alle Kosten zu ersetzen habe, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen.
2. Mir ist bekannt, dass der Träger der Straßenbaulast und die Straßenverkehrsbehörde keinerlei Gewähr dafür übernehmen, dass die Straßen samt Zubehör durch die Sondernutzung uneingeschränkt benutzt werden können. Den Träger der Straßenbaulast trifft im Rahmen der Sondernutzung keinerlei Haftung wegen Verletzung der Verkehrsicherungspflicht.
3. Soweit die zuständigen Behörden aus Anlass der Veranstaltung Aufwendungen für besondere Maßnahmen verlangen können, verpflichte ich mich diese zu erstatten.
4. Über den nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Abs. 2 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) für Veranstaltungen vorgeschriebenen Umfang von Haftpflichtversicherungen sowie ggf. notwendigen Unfallversicherungsschutz bin ich informiert. Mir ist bekannt, dass es sich bei den in der vorgenannten Verwaltungsvorschrift aufgeführten Versicherungssummen lediglich um Mindestversicherungssummen handelt. Eine Bestätigung zu dem von der Erlaubnisbehörde verlangten Versicherungsschutz stelle ich zur Verfügung bzw. habe ich bereits zur Verfügung gestellt. Mir ist bekannt, dass ohne eine solche Bestätigung die Erlaubnis nicht erteilt werden kann.

.....
(Unterschrift)

.....
(Name in Druckschrift oder Stempel)